

100 Tage Nordrhein-Westfalen-Koalition

Einführung

- 100 Tage Nordrhein-Westfalen-Koalition: das heißt für unser Land: 100 Tage Aufholjagd.
- Natürlich ist klar: in nur 100 Tagen kann man nicht alle Probleme in einem Land wie Nordrhein-Westfalen lösen.
- Aber man kann die richtigen Weichenstellungen vornehmen, wichtige Signale senden und für einen politischen Klimawandel sorgen.
- Das haben wir getan. Seit Juli ist ein Ruck durch unser Land gegangen.
- Wir haben uns nach dem Wechsel in die Regierungsverantwortung genau den Problemen der Bürgerinnen und Bürger gewidmet, die für uns bereits im Wahlkampf im Mittelpunkt gestanden haben.
- Wir haben für einen Ruck gesorgt: bei Bildung, Wirtschaft und Sicherheit.
- Wir wollen die Probleme unserer Bürgerinnen und Bürger bekämpfen, indem wir die Chancen unseres Landes nutzen.
- Denn unser Ziel bleibt: Mit einer Politik von Maß und Mitte wollen wir Nordrhein-Westfalen wieder auf die Spitzenplätze führen.

Wirtschaft und Verkehr

- 100 Tage Wirtschaftspolitik der NRW-Koalition: das heißt mehr Freiräume für unsere Unternehmen und eine neue Mentalität des Einstiegs, nicht des Ausstiegs.
- **Entfesselungspaket auf den Weg gebracht**
 - Wir geben den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen dringend benötigten Freiraum zurück.
 - Entfesselung gilt dabei nicht nur für die Wirtschaft, sondern für alle Bereiche wie die Bürokratie im Sport, die Verwaltung der Pflege oder auch eine Landesbauordnung. Wir wollen eine Landesbauordnung die das Bauen erleichtert statt es zu erschweren.

- Der Auftrag aus unserer ersten Kabinettsitzung, nach Möglichkeiten für Bürokratieabbau und Beschleunigung zu suchen, gilt für alle Ressorts.
- Das erste Paket setzt den Schwerpunkt bei Wirtschaft, beinhaltet aber auch Punkte aus den Bereichen Pflege und Umwelt.
- 13 Gesetze und drei Rechtsverordnungen werden mit diesem ersten Paket angepasst:
 - Tariftreue- und Vergabegesetz
 - Komplizierte Nachweispflichten werden abgeschafft, aber Tariftreue und Mindestlohn nicht infrage gestellt.
 - Öffentliche Auftraggeber können zukünftig selbst Nachhaltigkeitsaspekte in das Verfahren bringen.
 - Ladenöffnungsgesetz
 - Künftig sollen acht statt vier verkaufsoffene Sonntage im Jahr möglich sein, innerhalb einer Gemeinde zukünftig 16 statt bisher 11 Sonntage.
 - Eine Begrenzung der Öffnungszeiten an Samstagen kann ganz entfallen.
 - Wir orientieren uns bei der rechtssicheren Ausgestaltung an der Berliner Lösung.
 - „Hygiene-Ampel“
 - Das „Kontrollergebnis-Transparenz-Gesetz“ (KTG) hat sich als untauglich erwiesen, weil es Handwerk und Gaststätten bürokratische Lasten auferlegt, ohne sinnvolle Wirkung.
 - Daher soll es ersatzlos gestrichen werden.
 - Weitere Vereinfachungen:
 - Digitalisierung von Verwaltungsverfahren
 - Unkompliziertere Förderung von Alten- und Pflegeeinrichtungen.
- Damit ist aber noch längst nicht Schluss: Das ist erst das erste Paket. Viele weitere sollen folgen.
- Die NRW-Koalition will die Entfesselung zu einem andauernden Prozess quer durch alle Politikbereiche machen.

- **Neue Gründerzeit für Nordrhein-Westfalen**

- Wir wollen das Gründen einfacher, digitaler und schneller machen.
- Unser Wirtschaftsministerium hat deswegen bereits eine erste Online-Befragung durchgeführt.
- Es sind mehr als 230 Vorschläge eingegangen.
- Die meisten der Gründer und Gründungsinteressierten äußerten sich zu Themen der Finanzierung und Förderung – aber auch zu Bürokratie, Meldepflichten und Informationsangeboten.
- Wir wollen viele dieser Anregungen bereits im Entfesselungspaket II umsetzen.
- Wir ermöglichen zudem, dass künftig neben den Gewerbeämtern auch die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern vollelektronische Gewerbeanmeldungen annehmen können.
- Das ist ein weiterer Schritt, um Nordrhein-Westfalen zum attraktivsten Standort für Gründerinnen und Gründer zu machen.

- **Digitalstrategie**

- Neben exzellenter Digitalinfrastruktur und einer internationalen Maßstäben Rechnung tragenden digitalen Verwaltung muss die Digitalisierung in allen Politikfeldern mitgedacht werden – bei Bildung, Wirtschaft, Medien und auch Sicherheit.
- Eine umfassende Digitalstrategie wird dem Landtag dazu in den kommenden Monaten vorgelegt.
- Wir haben bereits begonnen, die Entwicklung durch die Zusammenarbeit mit exzellenten Modellregionen im Land und international intensiv zu unterstützen.
- In der digitalen Modellregion Ostwestfalen-Lippe hat die Stadt Paderborn beispielsweise ihre Innovationskraft und ihren Ideenreichtum unter Beweis gestellt. In den Bereichen der Digitalisierung der Stadtverwaltung und digitale Stadtentwicklung werden wir diese Innovationen weiter fördern und im Rahmen von Modellkommunen auch andere Städte in den Regionen des Landes unterstützen.

- Beim E-Government haben wir uns für die Landesverwaltung ehrgeizige, aber realistische Ziele gesetzt. Der Prozess der Digitalisierung soll bis 2025 abgeschlossen sein.
- **Elektromobilität** (mit Expertengespräch)
 - Wir haben bereits in den Koalitionsverhandlungen das Ziel ausgegeben, dass wir Nordrhein-Westfalen zum führenden Bundesland im Bereich der Elektromobilität machen wollen.
 - Die Diesel-Debatte hat seitdem weitere Dynamik in das Thema gebracht.
 - Wir gehen parallel vor: Wir setzen Impulse und wir vernetzen die bestehende Expertise in unserem Land.
 - Wir geben schon jetzt 100 Millionen Euro für die Modellvorhaben Emissionsfreie Innenstadt und den schnellen Ausbau der Elektromobilität.
 - Ab Herbst 2017 wird ein „Sofortprogramm Elektromobilität“ für Kommunen, Handwerker, Unternehmen und Privatpersonen aufgelegt.
 - Wir können dabei auch an erfolgreiche Projekte anknüpfen: Der RWTH Aachen und der Deutschen Post ist es zu verdanken, dass in Nordrhein-Westfalen keine Autofabriken zugemacht werden, sondern neue Autofabriken eröffnen (Streetscooter).
 - Um neue Ideen zu sammeln und alle Kräfte zu bündeln wird der Ministerpräsident noch in diesem Monat einen „Ständigen Expertenrat Elektromobilität“ berufen.
 - Diesem werden Vertreter von Wirtschaft und Wissenschaft angehören, mit denen sich der Ministerpräsident und die betroffenen Minister alle acht Wochen austauschen werden.
 - Ihre Ideen und Konzepte werden in die Politik der Nordrhein-Westfalen-Koalition einfließen.
- **Verkehrsinfrastruktur**
 - Trotz der Megatrends zu Elektromobilität und Automatisiertem Fahren: auch ein selbstfahrendes E-Auto wird in Zukunft auf funktionierende Verkehrswege angewiesen sein.

- Die Sperrung der A40-Brücke bei Duisburg hat gezeigt, wie groß der Handlungsbedarf ist – und wie sehr es im Verkehrsministerium auf ein umsichtiges Krisenmanagement ankommt.
- Damit wir bei der Infrastruktur dauerhaft aus dem Krisenmodus kommen, laufen die Arbeiten am Masterplan zur Umsetzung der Projekte des Bundesverkehrswegeplans 2030 auf Hochtouren.
- Die Leitlinie dabei ist: wir werden alle Maßnahmen in der Reihenfolge der größtmöglichen positiven Wirkung für den Verkehrsfluss abarbeiten.
- Wir werden den Masterplan Ende dieses Jahres vorstellen.
- Beim Baustellenmanagement haben wir eine neue Strukturbildung angestoßen, indem drei Stellen im Nachtragshaushalt 2017 für eine Stabstelle Baustellenmanagement eingerichtet wurden.
- Die Stabstelle wird ihre Arbeit 2018 aufnehmen.

Schule und Bildung

- Wir wollen das Versprechen der sozialen Marktwirtschaft, was gerade unser Land so stark gemacht hat, wieder einlösen: Der Aufstieg durch Bildung soll für jedes Kind möglich sein.
- Dabei fangen wir bei den Kleinsten an.
- **Kitaträger-Rettung**
 - Wir haben versprochen, die chronische Unterfinanzierung der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen zu beseitigen und schnellstmöglich ein Trägerrettungsprogramm zu realisieren.
 - Wir wollen, dass keine Kita schließen muss: Schon hier werden die Grundlagen gelegt für den Aufstieg durch Bildung.
 - Als Sofortmaßnahme stellen wir im Rahmen des Gesetzes zur Kitarettung noch dieses Jahr eine halbe Milliarde Euro für die Kindergartenjahre 2017/2018 und 2018/2019 zur Verfügung, damit keine Kita schließen muss.

- Den Kitas wird jetzt mit diesem ersten Schritt in ihrer finanziellen Not schnell geholfen werden.
 - Wir wollen die frühkindliche Bildung aber noch weiter verbessern und die Kinderbetreuung und den Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen ausbauen.
 - Damit zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder zwischen null Jahren und dem Schuleintritt entstehen, stehen im Rahmen der Landesinvestitionsprogramme knapp 43 Millionen Euro aus Rückflüssen zur Verfügung, der Bund stellt mit einem weiteren Investitionsprogramm Mittel in Höhe von rund 243 Millionen Euro bereit.
 - Mit der neuen Förderrichtlinie, die im August veröffentlicht wurde, haben wir außerdem die Bemessungsgrundlage für die Förderhöchstbeträge für Neubauten deutlich angehoben. Damit entlasten wir Träger von ihren Eigenanteilen.
- **Unterrichtsausfall digital und schulscharf messen**
 - Die größte Bremse für den Aufstieg durch Bildung ist Unterrichtsausfall – denn die Kinder, denen zuhause niemand helfen kann, haben keine andere Chance.
 - Doch wirkungsvoll gegensteuern kann man nur, wenn man weiß, wo wann warum welcher Unterricht ausgefallen ist.
 - Deshalb haben wir immer auf eine digitale und schulscharfe Erfassung des Unterrichtsausfalls gedrängt.
 - Unser Schulministerium arbeitet bereits an einer Lösung, die an bestehende Software an den Schulen anschließt, bürokratiearm ist und alle Schulen einschließt.
 - Mit diesem Lagebild schaffen wir Transparenz – und die Grundlage dafür, die Ursachen für Unterrichtsausfall wirkungsvoll zu bekämpfen.
- **Lehrermangel bekämpfen**
 - Eine Ursache ist offenkundig: Zu wenige Lehrer.
 - Die bisherigen Einstellungsverfahren in den öffentlichen Schuldienst in diesem Jahr haben nur zu einer Besetzungsquote von 53 % geführt.

- Gerade an Grundschulen, an denen so wichtige Grundlagen gelegt werden, ist die Lage bedrückend.
- Wir haben in den letzten 3 Monaten eine Kombination aus kurzfristigen und langfristig wirkenden Gegenmaßnahmen vorgestellt:
 - Ausgebildete Lehrkräfte für die Sekundarstufen I und II können jetzt an Grundschulen eingestellt werden.
 - Ebenso ist eine Ausweitung des Seiteneinstiegs an Grundschulen um das Fach Englisch bereits erfolgt.
 - Um langfristig mehr junge Menschen für den Lehrerberuf zu gewinnen, ist eine moderne Werbekampagne für das Jahr 2018 geplant, die ganz gezielt die konkreten Bedarfe der einzelnen Schulformen in den Blick nimmt.

- **Umsteuern bei der Inklusion**
 - Wir wollen eine schulische Inklusion, die für alle Kinder von Vorteil ist und unsere Lehrkräfte nicht überfordert.
 - Als erste Maßnahme haben wir deshalb die Mindestgrößenverordnung für Förderschulen für zwei Jahre außer Kraft gesetzt.
 - Auf diese Weise haben wir von Landesseite für Schulträger die Möglichkeit eröffnet, kleine Standorte zu erhalten.
 - Wir haben Maßnahmen getroffen, um eine einheitliche Beratungs- und Verwaltungspraxis bei der Rückabwicklung von Auflösungsbeschlüssen sicherzustellen.
 - Damit leisten wir als Land einen entscheidenden Beitrag zu Rahmenbedingungen, unter denen schulische Inklusion gelingen kann.

- **Leitentscheidung zu G 9**
 - Wir haben unsere Leitentscheidung zur Umstellung des Gymnasiums auf G9 konkretisiert und die betroffenen Jahrgänge benannt.
 - Damit haben wir bereits vor dem eigentlichen Gesetzentwurf für Klarheit und Transparenz gesorgt.

- Mit dem Schuljahr 2019/2020 werden alle Gymnasien in Nordrhein-Westfalen durch Gesetz zu G 9-Gymnasien, es sei denn, die unmittelbar Betroffenen wünschen es ausdrücklich anders.
 - Die Rückkehr zu G 9 gilt für alle Kinder, die heute die dritten und vierten Klassen ihrer Grundschulen besuchen.
- 100 Tage Bildungspolitik der NRW-Koalition: das heißt Kampf gegen den Unterrichtsausfall, mehr Planungssicherheit für Schulen, Eltern und Lehrer und eine Inklusionspolitik mit Maß und Mitte.

Innere Sicherheit und Justiz

- Unser drittes großes Thema als Nordrhein-Westfalen-Koalition: Die Innere Sicherheit.
- Wir haben den Menschen im Wahlkampf gesagt: es darf keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben
 - Nicht im Bundesgebiet.
 - Nicht innerhalb Nordrhein-Westfalens.
 - Nicht zwischen Großstädten und ländlichen Regionen.
- In diesem Sinnen haben wir bereits einiges geschafft.
- **Mehr Personal für die Polizei**
 - Wir sorgen für mehr Polizei auf der Straße.
 - Zum 1. September 2.300 wurden neue Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter eingestellt.
 - Das sind 300 mehr als von der Vorgängerregierung geplant.
- **Mehr Vertrauen in die Polizei**
 - Wir haben die Abschaffung der Kennzeichnungspflicht für Polizisten beschlossen – und damit mit dem tiefen Misstrauen von Rot-Grün gegenüber den Beamtinnen und Beamten Schluss gemacht.
 - Bei uns stehen unsere Polizisten nicht weiter unter Generalverdacht.

- **Mehr Wertschätzung für die Polizei**
 - Wir würdigen die Arbeit der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.
 - Den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten aus Nordrhein-Westfalen, die bei den G-20-Krawallen in Hamburg im Einsatz waren, haben wir drei Tage Sonderurlaub gewährt.

- **Mehr moderne Technik für die Polizei**
 - Wir sorgen dafür, dass die Polizei technisch auf höchstem Niveau bleibt.
 - Dazu wurden kurzfristig drei Millionen Euro für die Modernisierung der Technik-Ausstattung der Polizei bereitgestellt.

- **Mehr Personal für den Kampf gegen Terror und Extremismus**
 - Wir stellen kurzfristig 118 zusätzliche Experten im Ministerium des Innern ein – vor allem in den Bereichen Terrorismus- und Extremismusabwehr.
 - Wir ziehen die offenkundigen Lehren aus dem Fall Amri, wo unsere Vorgängerregierung noch gar keinen Fehler erkennen wollte.

- **Regierungskommission „Mehr Sicherheit in Nordrhein-Westfalen“**
 - Zu den weiteren Lehren gehört, dass die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden der Länder, des Bundes und mit den europäischen Partnern dringend verbessert werden muss.
 - Ein erster Schritt ist die Angleichung der rechtlichen Standards zwischen den Ländern: Es darf keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben.
 - Auf diese beiden drängenden Fragen – gleiche rechtliche Standards und eine bessere Sicherheitsarchitektur von Ländern, Bund und EU – erhoffen wir uns Antworten aus der Arbeit von Wolfgang Bosbach.
 - Die notwendigen Strukturen und Prozesse werden derzeit final ausgeplant und abgestimmt.

- **Justizpolitik**
 - Zu einer erfolgreichen Sicherheitspolitik und einem modernen Wirtschaftsstandort gehört eine leistungsfähige Justiz.

- Auch hier haben wir schon einiges in die Wege geleitet:
 - Eine eigene Abteilung IT im Ministerium der Justiz kümmert sich fortan ausschließlich um die Digitalisierung im Justizbereich.
 - Ein Zentrum für interkulturelle Kompetenz zur Prävention und Bekämpfung extremistischer Bestrebungen soll eingerichtet werden und sich gezielt um religiösen Fanatismus, aber auch um linke und rechte Gewalt, kümmern.
 - Der Minister der Justiz hat eine Bundesratsinitiative zur Ausweitung des beschleunigten Verfahrens in Angriff genommen.
- 100 Tage NRW-Koalition in der Inneren Sicherheit: das heißt 100 Tage Arbeit für einen konsequenten Rechtsstaat und eine schlagkräftige Landespolizei.

Weitere Themen:

- Die Nordrhein-Westfalen-Koalition hat aber nicht nur bei den Schwerpunktthemen Inneres, Bildung und Wirtschaft bereits einige Pflöcke eingeschlagen.
- **Starke Interessenvertretung in Berlin** (Beispiel Diesel-Gipfel)
 - Vor dem Diesel-Gipfel I: Abstimmung mit NRW-Wirtschaft, Gewerkschaften, Experten.
 - NRW-Initiative zur Nachrüstung von Diesel-Bussen (vor allem für Kommunen des Ruhrgebiets notwendig).
 - Vor dem Diesel-Gipfel II (mit Kommunen): Abstimmung mit NRW-Kommunen, Vorstellung Eckpunkte-Papier.
 - NRW-Initiative kommt, weitere Abstimmung mit NRW-Kommunen folgt.
- **Taktgeber für Europapolitik / Benelux-Zusammenarbeit**
 - Erste Auslandsreise als klares Zeichen: Wiederaufnahme der Benelux-Zusammenarbeit im Fokus:
 - sehr freundliche Aufnahme seitens der Niederlande.

- Beschluss Regierungskonsultationen (als Staat mit einem Land die absolute Ausnahme).
 - Belgien zeigt bereits großes Interesse, Gespräche stehen an.
 - Ziel: grenzübergreifende Zusammenarbeit im alltäglichen Leben.
 - Zudem: umfangreiche Bemühungen für Bewerbung um EMA in Bonn.
- **Wohneigentum für Familien**
 - Um insbesondere junge Familien in die Lage zu versetzen, künftig wesentlich leichter und günstiger Häuser oder Wohnungen zur Selbstnutzung zu kaufen oder zu bauen, haben wir uns mit einem Entschließungsantrag im Bundesrat für die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer eingesetzt.
- **Kommunen entlasten – Heimat schaffen**
 - Mit dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz und dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 verbessern wir die finanziellen Rahmenbedingungen von Städten, Gemeinden und Kreisen.
 - Ministerin Scharrenbach hat mit ihrer Heimattour durch die Städte und Gemeinden einen Diskussionsprozess angestoßen zur Frage, was für uns Heimat ist –und was sie uns wert ist.
- **Gesundheitsversorgung stärken**
 - Um den Krankenhäusern schnelle Investitionen in die Infrastruktur zu ermöglichen, haben wir im Rahmen des Nachtragshaushalts 2017 zusätzliche Mittel im Rahmen eines Sonderprogramms bereitgestellt.
 - Um die Kommunen hinsichtlich der kurzfristigen Planungsprobleme zu entlasten, haben die Regierungsfractionen beantragt, den kommunalen Anteil in Höhe von 100 Millionen Euro unter Zuhilfenahme von Landesmitteln in das Jahr 2018 zu verschieben.
 - Die Planungen für die Medizinische Fakultät OWL an der Universität Bielefeld sind aufgenommen worden: Projektstruktur und Prozesse sollen noch in diesem Jahr vorgestellt werden.